

Über das Projekt

Das Gesamtvorhaben wird vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) geleitet und in Kooperation mit dem Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin, sociodimensions und kommunikation@arbeit durchgeführt.

Das Projekt wird im Auftrag von Bundesumweltministerium sowie Umweltbundesamt im Zeitraum von Juli 2017 bis Dezember 2020 durchgeführt.

FKZ: 3717 11 104 0



Projektbeirat

Das Projekt wird von einem Projektbeirat begleitet und gesteuert, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern folgender Organisationen zusammensetzt:

► Arbeiterwohlfahrt (AWO) ► Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ► denkausbremen
► Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) ► Deutscher Naturschutzring (DNR) ► Diakonie ► Forum Umwelt und Entwicklung ► Gesamtbetriebsrat DB Cargo AG
► Hochschule der Bundesagentur für Arbeit ► Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ► Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) ► Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) ► Naturschutzbund Deutschland (NABU) ► Paritätischer Wohlfahrtsverband ► Sozialverband Deutschland (SoVD)
► Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE ► Technische Universität Berlin ► Universität Jena ► Universität Kassel ► Universität Wien ► Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ► Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ► Volkssolidarität

Projektleitung:

Ulrich Petschow

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

ulrich.petschow@ioew.de

Fachbegleitung Umweltbundesamt:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung

Dorothee Arenhövel (dorothee.arenhoevel@uba.de)

Fachgebiet I 1.4 Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen, nachhaltiger Konsum

Dr. Angelika Gellrich (angelika.gellrich@uba.de)

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Postfach 14 06

06844 Dessau-Roßlau

Tel: +49 340-2103-0

info@umweltbundesamt.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Bildquellen:

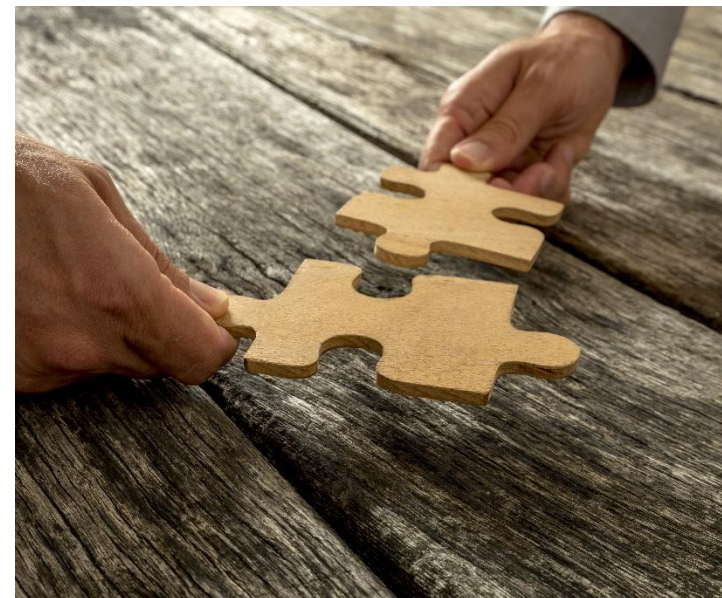
Gajus/Shutterstock.com (Titelseite)

Eremin Sergey/Shutterstock.com (Innenseite)

Stand: Februar 2018

► Dieses Faltblatt als Download

https://www.ioew.de/projekt/neue_allianzen_fuer_nachhaltigkeitspolitik/



Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik

Kooperationsperspektiven umweltpolitischer Akteure mit Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden

Für Mensch & Umwelt


Umwelt
Bundesamt

Grenzen der Umweltpolitik

Ob Klimawandel, Ressourcennutzung oder Mobilitätswende – bei dem Versuch, Umweltprobleme isoliert voneinander zu lösen, stößt die Umweltpolitik immer häufiger an ihre Grenzen. Der Grund: Die Ursachen sind systemisch, sie lassen sich nur mit einem weitreichenden gesellschaftlichen Wandel beheben. Hierfür bedarf es einer integrierenden „Gesellschaftspolitik“, die unterschiedliche Ziele und Akteure miteinander verknüpft. Dies wird international etwa mit den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, national mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung angestrebt.

Nachhaltigkeitspolitik gemeinsam voranbringen

Umweltpolitische Akteure machen vermehrt die Erfahrung, dass sie ohne kooperatives Denken und Handeln nicht vorankommen. Die Zusammenhänge mit anderen Politikfeldern sind zu eng, die Auswirkungen des notwendigen Wandels zu groß. Es kommt darauf an, weitere gesellschaftliche Akteure für Nachhaltigkeitspolitik zu gewinnen, nicht nur programmatisch, sondern auch praktisch. Herausfordernd ist, dass eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft Verteilungskonflikte mit sich bringt, die nicht allein die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft betreffen, sondern auch soziale Auswirkungen haben: Das Alltagsleben kann nicht einfach so weitergehen.

Ob der Wandel gelingt, hängt stark davon ab, wie und mit wem die Umgestaltungsprozesse organisiert werden. Immer deutlicher wird: Dieser umfassende gesellschaftliche Wandel benötigt neue gesellschaftliche Bündnisse – insbesondere einen Schulterschluss zwischen umwelt- und sozialpolitischen Akteuren. Bereits bei der Entwicklung umweltpolitischer Handlungslösungen sollten relevante Akteure wie Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände ihre spezifischen Interessen und Problemlösungsfähigkeiten einbringen und gemeinsam mit umweltpolitischen Akteuren für Wandelprozesse aktivieren.

Kooperationsstrategien gestalten

Das Projekt „Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik“ zielt darauf ab, Synergiepotenziale zwischen umweltpolitischen Akteuren, Gewerkschaften sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden auszuloten und Kooperationsstrategien sowohl konzeptionell wie auch exemplarisch in der Praxis zu entwickeln. Die Heterogenität ihrer Interessen, Weltansichten, Funktionslogiken und Leistungserwartungen soll besser verstanden werden, um von hier aus die Bedingungen für kooperative Praktiken herauszuarbeiten.

Neben der wissenschaftlichen Analyse initiiert und begleitet das Projekt einen Verständigungsprozess, der zur Planung und Umsetzung gemeinsamer Aktivitäten zwischen potenziellen Bündnispartnern beitragen soll.

Um diese Ziele zu erreichen, geht das Projekt folgenden zentralen Fragen nach:

- ▶ Wie können vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen sowie im Anschluss an derzeitige umweltpolitische Strategien und Programme neue Zukunftsdebatten und Allianzen mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden gelingen?
- ▶ Welche Themen, Problemlagen und Lösungswege eignen sich besonders, welche weniger? Welche gemeinsamen Interessen treten hervor, welche widerstreitenden Positionen lassen sich klären und zusammenführen, welche Differenzen können und müssen akzeptiert werden?
- ▶ Wie können neue Kooperationsstrategien aussehen und inwieweit kann eine moderne integrierte Umweltpolitik diese gezielt unterstützen und nutzen?

Projektdesign

Das Projekt gliedert sich in vier Teile:

1. Systematisierende Bestandsaufnahme bisheriger Kooperationen von umweltpolitischen Akteuren mit Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Identifizierung von gemeinsamen Themenfeldern und Zielen sowie Konflikten und Widersprüchen
2. Analyse der Innensicht von Denk- und Handlungslogiken umweltpolitischer, gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Akteure
3. Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung neuer Kooperationsstrategien
4. Erprobung neuer übergreifender Strategien in der Praxis: Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von drei Modellprojekten zu ausgewählten Kooperationsstrategien auf regionaler/kommunaler Ebene

